

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/227

27. November 1972

Der Bruch ist unheilbar

Die "Union" nach dem Strauß-Aufstand
Seite 1 / 48 Zeilen

Bayerns SPD geht an die Arbeit

Erstes Ziel: Erfolge bei der Landtagswahl
Von Emil Werner
Pressesprecher der SPD Bayern
Seite 2 und 3 / 64 Zeilen

Unsere Gesellschaft und die Gastarbeiter

Ein Problem, das uns auf den Nägeln brennt
Seite 4 und 5 / 78 Zeilen

Sozialer Wohnungsbau muß auch modern sein

Technische Beiträge für eine menschenwürdige
Umwelt

Von César Meister
Senator und Präses der Baubehörde der Freien
und Hansestadt Hamburg
Seite 6 und 7 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenr. 1. Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 848 / 888 847
899 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Der Bruch ist unheilbar

Die "Union" nach dem Strauß-Aufstand

Im überdimensionierten Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, über dem die CDU-Buchstaben in knallrot leuchten, tröstet man sich mit der Feststellung, daß es "schon immer so gewesen" sei: Nach jeder Bundestagswahl der Nach-Adenauer-Zeit, ob man nun gewonnen oder verloren hatte, habe Franz Josef Strauß "verrückt gespielt" und immense Forderungen gestellt. Und wenn der Lärm, der aus der Münchner Lazarettstraße, der CSU-Zentrale, nach Bonn tönt, diesmal auch besonders laut ist, so tröstet man sich doch damit, daß schließlich alles wieder geglättet würde.

Wie immer der Strauß-Aufstand auch ausgehen mag, eines ist diesmal aber sicher: Der Bruch zwischen der CDU und der CSU ist unheilbar geworden. Daran können auch alle Glättungsversuche nichts mehr ändern. Franz Josef Strauß hat auf jeden Fall zu hoch gespielt, um nach dem Motto "jetzt oder gar nicht" im personellen und vor allem im sachlichen Bereich unmittelbar nach der Wahlriederlage für sich und für seine CSU herauszuholen, was überhaupt herausgeholt werden kann, wenn man die personelle und sachliche Schwäche von Dr. Rainer C. Barzel ins Kalkül zieht.

Die personellen Erfolge, also die harte Eindämmung des Einflusses von Barzel, die Abmalerung seiner Intimitarbeiter und die Einschleusung von Strauß-Konfidenten in die CDU-Fraktions- und Parteileitung, diese personellen Erfolge hätte Strauß notfalls auch ohne seinen spektakulären Aufstand einheimen können. Anders sieht das bei den Sachliegen aus: Die Ost- und Deutschlandpolitik, die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik. In allen drei Bereichen, um nur sie zu nennen, haben sich im Laufe der letzten Zeit so deutliche Unterschiede zwischen der CDU und der CSU ergeben, daß die Fraktionsgemeinschaft zwischen der CDU und der CSU im Ernstfalle sowieso nur mühsam aufrechtzuerhalten sein wird. Strauß sieht bei der Ost- und Deutschlandpolitik Anzeichen in der CDU, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen, und bei der Sozial- und Wirtschaftspolitik Bestrebungen in der CDU, dem Drängen der Sozialausschüsse nachzugeben. Hier soll ein dicker und langer Riegel vorgeschoben werden.

Um es deutlich zu wiederholen: Wie immer diese Periode des Strauß-Aufstandes auch auslaufen und beendet werden wird, an dem Faktum, daß zwischen CDU und CSU ein unheilbarer Bruch bleiben wird, gibt es nichts mehr zu deuteln. Daran kann eine Willfährigkeit Barzels, mit der Strauß rechnet, ebenso wenig etwas ändern wie ein zweifellos überraschende Härte des noch amtierenden Fraktions- und Parteivorsitzenden der CDU.

(ee/27.11.1972/ks/ee)

+ + +

Bayerns SPD geht an die Arbeit

Erstes Ziel: Erfolge bei der Landtagswahl

Von Emil Werner

Pressesprecher der SPD Bayern

Die bayerischen Sozialdemokraten konzentrieren bereits jetzt ihre politische Aktivität auf die nächste Entscheidungsschlacht in zwei Jahren: Der Wahl zum bayerischen Landtag. Sie haben am 19. November das beste Ergebnis der Nachkriegszeit erreicht. Wie der Landesvorstand feststellte, ist es gelungen, über die Stammwählerschaft hinaus in erheblichem Umfang Arbeitnehmer, Jungwähler, Frauen und engagierte Christen zu gewinnen.

Ein entscheidender Fortschritt in Bayern ist damit nach Meinung des Münchner SPD-Gremiums in den Bereich des Möglichen gerückt. Obwohl der Abstand zwischen den Oppositionsparteien SPD und FDP zu der mit absoluter Mehrheit regierenden CSU ungewöhnlich groß ist, wie SPD-Landesvorsitzender Dr. Hans-Jochen Vogel nüchtern feststellt, sieht er doch erstmals bei der kommenden Landtagswahl eine reelle Chance für einen Machtwechsel in Bayern.

Seinen Optimismus gründet Dr. Vogel zum einen auf das gute Abschneiden seiner Partei in Bayern und zum anderen auf die Zuversicht, daß sich die Arbeit der sozialliberalen Koalition in Bonn weiterhin förderlich für die Sozialdemokraten in Bayern auswirken wird. Dr. Vogel ließ erkennen, daß er sich in zwei Jahren um das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten bewerben werde. So wird es also 1974 zu einem Kampf "Vogel gegen Strauß" auf der bayerischen Bühne kommen, denn man vermutet, daß der CSU-Vorsitzende dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Alfons Goppel nahelegen wird, zu seinen Gunsten auf eine erneute Kandidatur zu verzichten.

In welchem Umfange das Wahlergebnis vom 19. November das Selbstbewußtsein der bayerischen Sozialdemokraten gestärkt hat,

wurde am Wochenende auf dem "Kleinen Parteitag" des SPD-Bezirktes Franken - mit über 60.000 Mitgliedern eine der stärksten Organisationsgliederungen der SPD - deutlich. Sie schöpfen aus dem "Wahlsiege der neuen Mitte", wie Bundesminister Prof. Dr. Horst Ehmke vor dem Parteigremium formulierte, Kraft für die kommenden Entscheidungen. Mit starkem Beifall bedachten die rund 280 Delegierten aus dem fränkischen Raum die Feststellung Ehmkes, daß der Wahlsieg die Sozialdemokraten aus ihrer "jahrzehntelangen Diskriminierung" befreit und sich das "Unionsgeschäft mit der Angst, die antisozialistische Hetze und die Verteufelung des demokratischen Sozialismus" für die CDU und CSU nicht ausgezahlt habe.

In Frühjahr werden die Parteitage auf den Ebenen der Bezirke, des Landes und des Bundes stattfinden. Auf Landesebene gilt es, mit einem erfolgreichen Volksentscheid die CSU-Machtgelüste bei Rundfunk und Fernsehen entscheidend zu bremsen. SPD-Landesvorsitzender Dr. Vogel sieht darin die Chance, das politische Bewußtsein der Bevölkerung wachzuhalten und die Möglichkeit, der CSU nach dem diesjährigen Millionenvotum der bayerischen Bürger gegen die Rundfunkpläne der CSU wieder eine deutliche Niederlage zu bereiten.

In Bonn sieht Dr. Vogel seine Rolle vornehmlich darin, die Reformen zur Verbesserung der Lebensqualität durchzusetzen. Besonderes Augenmerk will er dabei den Problemen der Städte und Ballungsräume beimessen, ein Gebiet, mit dem er sich bereits jahrelang befaßt hat. Nach seiner Ansicht hängt der Ausgang der Bundestagswahlen 1976 vom Erfolg der Innenpolitik ab.

Mit neuem Schwung gehen die Sozialdemokraten an die Bewältigung der kommenden Aufgaben. Diesen Eindruck vermittelten die fränkischen Delegierten in Nürnberg. Ihr Optimismus kann sich allerdings mehr als in anderen bayerischen Bereichen darauf stützen, mit 41,1 vH. der SPD-Stimmen "die Hochburg der bayerischen Sozialdemokraten" zu sein. Und wie der fränkische Bezirksvorsitzende Bruno Friedrich weiter stolz erklärte: "Strauß hat seinen Rückzug vom Main zur Donau nach Rott am Inn angetreten, wo der richtige Platz für ihn ist, seine Memoiren zu schreiben".

(-/27.11.1972/ks/ee)

Unsere Gesellschaft und die Gastarbeiter

Ein Problem, das uns auf den Nägeln brennt

"Gastarbeiter dürfen nicht die Neger unserer Gesellschaft werden". Das erklärte der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Werner Figgen, bei der Vorlage seines Berichtes "Maßnahmen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer". Der Bericht ist mehr als eine Zusammenfassung von Zahlen, Statistiken und Fakten; er betrachtet dieses Kardinalproblem unserer Wirtschafts- und Gesellschaft sehr engagiert. Figgen dazu: "Es ist falsch, die ausländischen Arbeitnehmer als Konjunktur-Puffer anzusehen, die wir dann wieder als erste nach Hause schicken können, wenn unsere Wirtschaft nicht mehr so gut läuft".

Im Juni 1972 gab es in Nordrhein-Westfalen 6.200.000 Beschäftigte, von denen 663.000 ausländische Arbeitnehmer waren: 111.063 kamen aus Italien, 92.665 aus Griechenland, 62.951 aus Spanien und 145.143 aus der Türkei. Außerdem sind 27.733 Portugiesen, 94.286 Jugoslawen, 7.326 Marokkaner und 3.555 Tunesier an Rhein und Ruhr beschäftigt. Viele dieser Arbeitnehmer haben ihre Angehörigen aus den Heimatländern nach Nordrhein-Westfalen geholt, so daß die erheblichen Integrationsmaßnahmen der Landesregierung fast einer Million Menschen gelten.

Besondere Sorgen bereitet der Düsseldorfer Landesregierung das Wohnungsproblem der Gastarbeiter. Die bisherigen Maßnahmen haben zwar Verbesserungen gebracht, welchen aber noch immer nicht aus. In diesen Bereich fällt u.a. auch die Forderung nach weitergehenden Möglichkeiten zur Überprüfung der Gemeinschaftsunterkünfte. Durch die vorzeitige Auflösung des Bundestages hat ein Gesetz über "Mindestanforderungen an Unterkünfte für Arbeitnehmer" nicht mehr verabschiedet werden können. Zu den ständig erörterten Mißständen gehören auch die überhöhten Mietforderungen an ausländische Arbeitnehmer. Hier hat der Wirtschaftsminister eine Intensivierung der möglichen Überprüfung und Abmilderung eingeleitet.

Besondere Bedeutung mißt der Bericht auch den allgemeinen Eingliederungshilfen bei:

a/ Erforderliche Grundkenntnisse der deutschen Sprache sollen durch Intensivkurse nach einheitlicher Methode unter verstärkter Beteiligung der Volkshochschulen gefördert werden.

b/ Auch für Klein- und Kleinstbetriebe müssen ausländische Fachkräfte für Arbeitssicherheit vorgeschrieben werden. Die Ausbildung eben dieser Fachkräfte soll - unter Beteiligung der Arbeitgeber - verstärkt und methodisch verbessert werden. Ein erster

Lehrgang in Solingen habe sich ausgezeichnet bewährt.

c/ Es muß erreicht werden, daß sich ausländische Arbeitnehmer mehr als bisher qualifizieren können (Facharbeiter- und Gesellenprüfung). Arbeitgeber sollen an diesen Maßnahmen mitwirken.

d/ Die Landesregierung verfolgt das Ziel, je 3.000 ausländischen Arbeitnehmern einen Sozialberater zur Verfügung stellen zu können; nach dem augenblicklichen Stand fehlen noch 65 Sozialberater.

Als Schwerpunkt behandelt der Bericht den Bereich der Bildung. Die Anstrengungen des Landes, die Kindergartensplätze zu vergrößern, kommen auch den ausländischen Kindern zugute. Zur Durchsetzung der Schulpflicht werden Zahlen genannt, die eine positive Entwicklung beweisen: Im Schuljahr 1970/71 gab es an nordrhein-westfälischen Grund- und Hauptschulen 33.000 ausländische Jungen und Mädchen, im Schuljahr 1971/72 waren es schon 48.000. Auch die Zahl der im Landesdienst beschäftigten ausländischen Lehrer konnte gesteigert werden. Allein die Zahl türkischer Pädagogen wuchs in einem Jahr von 79 auf 122.

Oberste Maxime aller Bemühungen ist es, jede Ghetto-Bildung zu verhindern. Das wird in dem ausführlichen Bericht deutlich, der im übrigen auch Fragen grundsätzlicher Natur aufwirft, Fragen allerdings, die von Nordrhein-Westfalen allein sicher nicht beantwortet werden können: Sollten Produktionsstätten in die Länder verlagert werden, aus denen die ausländischen Arbeitnehmer kommen, werden wichtige Rationalisierungsmaßnahmen durch die Beschäftigung der im Grunde leicht zu gewinnenden ausländischen Arbeitnehmer zurückgestellt?

Am Arbeitsplatz begegnen wir ihnen, in der Straßenbahn, beim Einkauf, in der Schule, im Kindergarten und in unserer Staukneipe. Wir begegnen den Gastarbeitern, ihren Frauen und Kindern, aber wir leben nicht mit ihnen. Staatliche Bemühungen, so notwendig und wichtig sie sind, können da allenfalls Wege ebnen und Hilfestellung geben. Selbst wenn die Bundesrepublik sich eines Tages als "echtes Einwandererland" begriffe, selbst dann wären die Probleme unserer Nachbarn aus der Türkei oder aus Italien noch längst nicht gelöst. Immerhin, der Bericht über "Maßnahmen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer" weist Wege, nennt Ziele und zieht hoffnungsvolle Bilanz. Und dennoch: Das Verhältnis zwischen Menschen verschiedener Nationalität läßt sich allein administrativ nicht regeln...

Tik Arnolt
(-/27.11.1972/ks/ga)

Sozialer Wohnungsbau muß auch modern sein

Technische Beiträge für eine menschenwürdige Umwelt

Von Cäsar Meister

Senator und Präses der Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Wir brauchen ein ausreichendes Angebot von Wohnungen. Diese Wohnungen müssen den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse entsprechen, und sie müssen so schnell und so preisgünstig wie möglich gerade den Bevölkerungskreisen zur Verfügung stehen, die sie innerhalb des freifinanzierten Wohnungsbaues nicht finden können. Sozialer Wohnungsbau ist daher nicht nur eine zeitlich beschränkte Aufgabe zur Beseitigung der Wohnungsnot in den fünfziger und sechziger Jahren. Sie ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die auch in Zukunft Priorität haben wird. Das heißt in erster Linie, daß in ausreichendem Maße Kapital für diese Aufgabe zur Verfügung stehen und daß sie mit geeigneten Maßnahmen der öffentlichen Hand gefördert werden muß.

Das ist aber auch eine technische und bauwirtschaftliche Aufgabe. Heute ist erkannt, daß sie nur mit Hilfe des Montagebaues zu lösen ist. Hamburg hat bei der Lösung dieser Aufgabe Pionierarbeit geleistet. Bereits Ende der fünfziger Jahre wurde durch Initiative der Freien und Hansestadt Hamburg die Montagebauweise im Wohnungsbau eingeführt und wir können davon sprechen, daß der Montagebau in Hamburg eine führende Rolle spielt. Der Anteil des Montagebaues am sozialen Wohnungsbau beträgt mehr als 50 vH., beim Schulbau sogar über 60 vH. Die erzielten Ergebnisse und die umfangreichen Erfahrungen sind selbstverständlich auch von uns immer kritisch betrachtet worden. Wir können aber sagen, daß die damals eingeleiteten Maßnahmen richtig waren. Sie bedürfen jedoch einer kontinuierlichen und konsequenten Weiterentwicklung.

Gerade die Entwicklung in Hamburg zeigt, daß industrielle Fertigungsmethoden eine verbindliche Maßordnung voraussetzen. Die bisherigen Normen des Bauwesens basierten auf den Ziegelmaßen. Das reicht aber heute nicht mehr aus. Die Bundesrepublik hat sich

jetzt den internationalen Maßvereinbarungen angeschlossen, die auf dem Dezimetersystem beruhen. Ganz ohne Widerstände ist auch das nicht möglich gewesen, doch jetzt liegt die DIN 18 000 "Koordination im Bauwesen" als Entwurf vor. Nach Auskunft des Deutschen Normenausschusses wird sie zu Ende dieses Jahres verabschiedet werden. Die Folgenormen werden bereits vorbereitet. Da diese auf die internationalen Vereinbarungen gegründet sind, werden wir auch in der Bundesrepublik die Entwicklungen und Erfahrungen nutzen können, die im Ausland vorliegen. Zu diesen Entwicklungen gehört auch das S.A.R.-System, der "Stichting Architect. Research" der niederländischen Stiftung Architektenforschung. Die Baubehörde Hamburg hat festgestellt, daß dieses Ordnungs- und Maßsystem geeignet ist, den Wohnungsbau wirksam zu koordinieren und zu rationalisieren und damit die Voraussetzung für eine weitere Industrialisierung zu schaffen.

Dabei werden einige wichtige Probleme gelöst werden müssen. Wir brauchen preisgünstige Wohnungen und darum muß preisgünstig gebaut werden. Aber wir brauchen gerade für die weniger beachteten Menschen Wohnungen, die bestimmten Forderungen entsprechen. Die Möglichkeiten für vielfältige und differenzierte Wohnformen müssen geschaffen werden. Die Bewohner müssen an der Gestaltung ihrer Wohnungen mitwirken können. Die Wohngebäude müssen an die sich wandelnden Wohnvorstellungen angepaßt werden können und die Wohnungen müssen langfristig wirtschaftlich nutzbar gemacht werden.

Menschen wohnen aber nicht nur in ihrer Wohnung, sondern auch in ihrem Ort. Umweltschutz ist nicht nur der Schutz vor Lärm und Rauch, er bedeutet auch, eine lebenswerte Umwelt zu schaffen. Montagebau braucht nicht monoton zu sein. Die Architekten haben das erkannt und der Bauwirtschaft ist die Möglichkeit gegeben, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß mit vorgefertigten Bauteilen eine menschenwürdige Umwelt entstehen kann.

(-/27.11.1972/ks/ee)